

Verfahrensvermerk:

Die Beteiligung der betroffenen Bürger wird mit den Zustimmungen vom 22.03. 1994

Stolpe, den 13, 07, 1994

Stolpe Bürgermeister

Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 11.03, 1999 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Stolpe.den 13.07.1994

Die Gemeindevertretung Stolpe hat am 08.03.1994 Entwurf der Satzung mit Begründung beschlossen

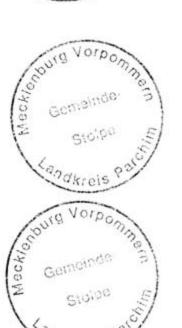
Stolpe,den 13.07.1994

in Onto Bürgermeister

15 the

den ersten

Bürgermeister



Die Gemeindevertretung Stolpe hat die in den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Anregungen und Hinweise am 07.06.7374

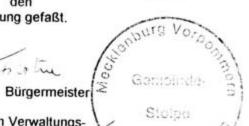
Stolpe,den 13.07.1994



Die Gemeindevertretung Stolpe hat am 13.07.1994 satzungsändernden Beschluß zum Geltungsbereich dieser Satzung gefaßt.

Strolpe,den 73.07.1994

5.



history

Die Genehmigung der Satzung wurde mit Verfügung der unteren Verwaltungsbehörde vom 29.09. 1994 AZ. ohne mit Nebenbestimmungen und Hinweisen erteilt

Stolpe,den 12. 12. 1994



SATZUNG

der Gemeinde Stolpe

Über die Begrenzung und Bebauung für den Bereich Barkow

Innenbereichssatzung

Satzung nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und 3 BauGB in Verbindung mit dem Wohnungsbauerleichterungsgesetz vom 17. Mai 1990.

Satzung der Gemeinde Stolpe über die Festlegung und Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils für das Gebiet Barkow

Aufgrund des § 34 Abs. 4 und 5 des BauGB in der Fassung vom 8. Dezember 1986 (BGBL.I S. 2253), zuletzt geändert durch Anlage I Kapitel XIV Abschnitt II Nr. 1 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 in Verbindung mit Artikel I des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBL. 1990 II S. 885 , 1122) und des § 4 Abs. 4 Satz 1 des Wohnungsbauerleichterungsgesetzes vom 17. Mai 1990,das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22.04.1993 (BGBI, I S. 466-488) und das Maßnahmegesetz zum Baugesetzbuch ,insbesondere § •4 Abs. 2a BauGB- Maßnahmen G in der Bekanntmachung der Neufassung vom 6. Mai 1993 (BGBI. I S. 622) sowie der Landesbauordnung § 83 vom 13. August 1990 , Neufassung LBO § 86 gültig ab 1. Juli 1994, wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung vom 13.07.2999 und mit Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde folgende Satzung für das Gebiet Barkow erlassen :

Räumlicher Geltungsbereich

- Der im Zusammennang bebaute Onsteil (34 Bau GE) umfaßt das Gebiet , das innerhalb der in der beigefügten Karte eingezeichneten Abgrenzungslinie liegt. Die Begrenzung für den Bereich Barkow in den für Wohnzwecken dienende Vorhaben des § 2 Absätze 2 und 3 dieser Satzung zulässig sind,richtet sich nach der Abgrenzung des beigefügten Kartenausschnittes.
- Die beigefügte Karte ist Bestandteil dieser Satzung

§ 2

- Innerhalb der im § 1 festgelegten Grenzen, Geltungsbereich ab Grundstücksgrenze / Straße ca. 40 m richtet sich die planungsrechtliche Zulässigkeit von Vorhaben nach § 34 BauGB.
- Zulässig sind Wohngebäude.
- Ausnahmen sind zulässig, soweit die Wohnnutzung überwiegt

PK+ 3, 2. un 23.2 wirden gelösicht

- 3.3. Auszuschließen sind Tankstellen und Vergnügungsstätten.
- Niederschlagswasser der Grundstücke ist örtlich zu versickern
 - Gemäß Baumschutzverordnung des Landkreises Parchim vom 5. Juni 1992 sind Gehölze innerhalb der Ortslage geschützt

§ 3

Archäologisches Landesmuseum Mecklenburg Vorpommern Landesamt für Denkmalpflege

Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 DSchG GS Meckl./Vorp. GBL. 224 -2 die zuständige untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen des Landesamtes für Denkmalpflege oder dessen Vertreters in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür die Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige. Bei allen öffentlichen Planungen und Maßnahmen sind die Belange der Denkmalpflege und

des Denkmalschutzes zu berücksichtigen (gem. § 1 Abs. 3, 4 Abs. 2 und Nr. 8)

§ 4

Sollten wider Erwarten bei der Baumaßnahme Altlasten bekannt werden, so sind diese entspreche ind § 23 Abfallwirtschafts-und Altlastengesetzes für Meckl./ Vorp. vom 4. August 1992 (GS M.-V. Gl.Nr. 2129/1) den zuständigen Behörden anzuzeigen.

§ 5 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung und der Genehmigung durch die untere Verwaltungsbehörde in Kraft.